



Foto: ddp

Politische Rolle der NATO stärken

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Rede zur Eröffnung der 42. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik die besondere Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft hervorgehoben.

Die NATO müsse das zentrale Forum der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik sein. Nur so könnten die

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigt werden, erklärte Merkel. Sie forderte, dass die NATO für die Europäer und für die USA das Gremium für die „permanente gemeinsame Analyse der Bedrohungen“ werden müsse. Das Bündnis solle der Ort sein, „an dem die politischen und militärischen Aktionen koordiniert



INHALT

Ronald Pofalla:
Kinderbetreuung – alle
Familien profitieren
Seite 4 – 6

Innere Sicherheit:
Sicherheitsinteressen
Deutschlands dauerhaft
wahren
Seite 10 – 12

HEUTE AKTUELL

■ „Kommission für Kleine“ nimmt Arbeit auf (Seite 6)
 ■ T. Rachel: Kein Kampf der Kulturen (Seite 7) ■ Baden-Württemberg: Kinderbeauftragte ernannt (Seite 8)
 ■ Sachsen-Anhalt: Bildung hat Vorrang (Seite 9) ■ Sachsen-Anhalt: Initiative zugunsten Exzellenzzentren (Seite 9) ■ SU: Arbeitskreis „Neue Bundesländer“ konstituiert (Seite 12) ■ C. Wagner: Brauchen wir einen Einbürgerungstest? (Seite 13 – 14) ■ F. Pflüger: Der Mensch ist nicht das Maß der Dinge (Seite 14 – 15) ■ Volker Kauder besucht den Kosovo (Seite 16 – 17) ■ I. Aigner: Vorfahrt für Bildung und Forschung (Seite 17 – 18) ■ P. Bleser: Einbringung der Ernten gesichert (Seite 18) ■ R. Brauksiepe/P. Weiß: Keine Rentenkürzung zum 1.7.2006 (Seite 19) ■ C. Ruck: Islamistische Populisten ausbremsen (Seite 19 – 20) ■ P. Götz: Integration nicht parteitaktisch missbrauchen (Seite 20)



Foto: Sebastian Zweck

Michèle Alliot-Marie, Ministerin für Verteidigung, Frankreich, und Franz-Josef Jung, Bundesminister für Verteidigung im Gespräch. In seiner Rede unterstrich Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung, dass die NATO „erste Adresse in Sicherheitsfragen“ sein müsse. Dabei dürften der NATO aber nicht alle Aufgaben bei der Wahrung des Friedens aufgebürdet werden. Damit sei das Atlantische Bündnis überlastet. Die NATO sei „keine Mini-UNO und auch nicht die OSZE“, sagte der Minister.

► werden“, sagte die CDU-Vorsitzende vor den Teilnehmern der Konferenz, bestehend aus hohen Politikern, Wirtschaftsfachleuten und Militärs aus fast 50 Staaten. Der Primat müsse sein: „Erst wenn sich die Mitglieder auf keinen gemeinsamen Nenner einigen können, sollen andere Wege gesucht werden.“ Merkel begründete diese Forderungen mit den Bedrohungen „völlig neuer Art“, wie Terrorismus und Massenvernichtungswaffen in den Händen von unzuverlässigen Staaten. Die NATO müsse sich den veränderten

Rahmenbedingungen stellen und anpassen, wofür auch ein gestärktes Europa wichtig sei.

Wertebündnis

In diesem Zusammenhang forderte Angela Merkel die USA auf, eine stärkere politische Rolle der EU nicht mit Skepsis, sondern als Chance zu betrachten. „Die EU ist in eine Rolle hineingewachsen, in der wir bereit sind, wirklich politische Verantwortung zu übernehmen, einschließlich der militärischen Sicher-

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

heit“, führte Merkel aus. Sie sagte weiter, dass die NATO und die EU die erfolgreichsten Wertebündnisse der jüngeren Geschichte seien und deshalb zum Stabilitätsanker in der Welt werden könnten oder es schon seien.

Außenpolitische Verantwortung

Merkel fügte hinzu: „Das wiedervereinigte Deutschland ist bereit, im Rahmen dieser Bedingungen Verantwortung zu übernehmen. Und zwar Verantwortung über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus zur Sicherung von Freiheit, Demokratie, Stabilität und Frieden in der Welt.“ Die Europäische Einigung einerseits und die transatlantische Partnerschaft andererseits seien für Deutschland die Pfeiler seiner Außen- und

Sicherheitspolitik. Die Klammer des transatlantischen Werteverbundes sei die NATO, so Bundeskanzlerin Merkel.

An die Regierung des Iran richtete die deutsche Bundeskanzlerin die nachdrückliche Aufforderung, „auf die angebotenen Verhandlungslinien einzugehen“ und den Streit um die Atompläne beizulegen. „Mein Vorschlag ist, das Fenster, was es noch gibt, zu nutzen“, sagte Merkel vor dem Hintergrund des russischen Vorschlags, Uran für den Iran in russischen Anlagen anzureichern. Es gebe berechtigte Sorge, dass es dem Iran nicht in erster Linie um die friedliche Nutzung der Atomenergie gehe. Merkel warf dem Iran vor, „mutwillig die ihm bekannten roten Linien überschritten“ zu haben. Daher sei eine Überweisung des Problems an den UN-Si-

cherheitsrat „keine Provokation“, sondern vielmehr sei der Sicherheitsrat der „legitime Ort“, an dem der Streit gelöst werden könne. Sie setze auf weltweite Partnerschaften, die dem islamischen Land ganz klar die Grenzen aufzeigten. „Wir müssen und wir werden die Entwicklung von iranischen Nuklearwaffen verhindern“, machte Angela Merkel deutlich.

Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete zudem die Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der das Existenzrecht Israels in Frage gestellt und den Holocaust geleugnet hatte, als inakzeptabel und erwiderte, dass der Iran dafür nicht erwarten könne, dass Deutschland „auch nur die geringste Toleranz aufbringt.“ Deutschland habe aus seiner Geschichte gelernt, so Merkel.

HINTERGRUND: MÜNCHNER KONFERENZ FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Die Münchner Sicherheitskonferenz versteht sich als das „Davos“ der Sicherheitspolitik. Alljährlich kommen zu der Tagung bis zu 300 Kabinettsmitglieder, Abgeordnete, hochrangige Militärs, Wissenschaftler und Medienvertreter aus fast 50 Nationen zusammen. Thematischer Schwerpunkt sind außen- und sicherheits-

politische Herausforderungen in den internationalen Beziehungen. Die Konferenz, einst Wehrkundetagung genannt, wurde 1963 von dem früheren Widerstandskämpfer und Weltkriegsoffizier Ewald von Kleist aus der Taufe gehoben. 1998 übernahm der frühere Sicherheitsberater von Bundeskanzler Helmut

Kohl, Horst Teltschik, die Organisation.

Die Rede der Bundeskanzlerin und die Referate anderer prominenter Teilnehmer sowie eine Teilnehmerliste Fotomaterial und weitere Informationen zur Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik erhalten Sie unter <http://www.security-conference.de/>

Ronald Pofalla

Kinderbetreuung – alle Familien profitieren

Alle Familien, die Kinderbetreuungskosten haben, können künftig deutlich mehr Geld von der Steuer absetzen. Alleinerziehende, Familien mit einem erwerbstätigen Elternteil und Familien, bei denen sich beide für eine Erwerbstätigkeit entscheiden, haben künftig die Möglichkeit, sich durch eine verbesserte steuerliche Förderung mehr Entlastung zu verschaffen.

Die Wahlfreiheit der Eltern – eine alte Forderung der Union – wird beträchtlich erweitert. Familien können zwischen den Spektren „Vollzeit erwerbstätig“, „Teilzeitarbeit“ oder „Minijob“ und „ganz Zuhause“ wählen und finden für alle Lebensentwürfe Unterstützung durch die verbesserte Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten. Dadurch dass der mehrheitlich gewünschte Lebensentwurf „Erwerbstätigkeit mit Kindern“ besonders gefördert wird, helfen wir jungen Müttern, die weiterhin ihrer Arbeit nachgehen möchten. Das ist ein wichtiger Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

und schafft Arbeitsplätze. Denn wenn Familien künftig jährlich 4.000 Euro für Betreuungskosten pro Kind von der Steuer absetzen können, lohnt es sich, die Tagesmutter aus der Schwarzarbeit zu ho-

len, und es lohnt sich für öffentliche und freie Träger, mehr Erzieherinnen und Erzieher zu beschäftigen.

Künftig können aber auch Alleinerziehende und Familien, bei denen sich ein Elternteil um die Erziehung der Kinder kümmert, Kinderbetreuungskosten umfassender steuerlich geltend machen. Alleinverdiener können erstmals für Kinder von 3 bis 6 Jahre die Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben steuerlich geltend machen. Das ist ein Gewinn für diese Familien!

Die Neuregelung entlastet Familien finanziell, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hilft neue Arbeitsplätze zu schaffen.

RECHENBEISPIELE

Berechnungen des Bundes für Steuerzahler und Rechenbeispiele aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur steuerlichen Absetzbarkeit von Betreuungskosten dargestellt anhand eines übersichtlichen Vergleichs von geltendem Recht und den neuen Regelungen finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de

Wie sieht die neue Regelung aus?

Der Lösungsvorschlag differenziert nach unterschiedlichen Lebensmodellen. Rückwirkend zum 1. Januar 2006 gilt:

Erwerbstätige Alleinerziehende und Paare, bei denen beide Partner erwerb-

DAS MEINEN EXPERTEN

„Im Grundsatz begrüße ich, dass Kinderbetreuungskosten zukünftig steuerlich besser geltend gemacht werden können.“

Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler.

paare als auch die Alleinerziehenden stehen besser mit der Drittellösung als bisher da. Das hat auch der Bund der Steuerzahler errechnet und bestätigt.

Paare, bei denen ein Elternteil erwerbstätig ist (Alleinverdiener-Eltern), können ebenfalls zwei Drittel der Kosten für die Kinderbetreuung ihrer 3 bis 6jährigen Kinder bis zu maximal 4000 Euro pro Jahr und Kind als Sonderausgaben steuerlich geltend machen. Meist handelt es sich dabei um die Kindergartengebühren für einen Halbtags- oder Ganztagsplatz, aber auch alternative oder zusätzliche Kosten der Betreuung (beispielsweise in einer Elterninitiative) sind absetzbar.

Für Kinder dieser Altersgruppe besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. In der Regel be-

stätigt sind, (Doppelverdiener-Eltern) können für ihre Kinder von der Geburt bis zum 14. Lebensjahr zwei Drittel aller Kosten bis zu maximal 4000 Euro pro Jahr und Kind als Werbungskosten von der Steuer absetzen. Ist die/der Alleinerziehende oder ein Partner krank, behindert oder in Ausbildung und der andere erwerbstätig, gelten dieselben Regelungen. Zur Erwerbstätigkeit zählen auch Teilzeitarbeit, ein Minijob oder Selbstständigkeit. Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten entstehen unabhängig davon, ob das Kind in einem Kindergarten, in einer Krippe, bei einer Tagesmutter oder im eigenen Haushalt der Familie durch eine Kinderfrau betreut wird.

Alleinerziehende und Doppelverdienerpaare werden gleich behandelt. Sowohl die Doppelverdiener-

DAS MEINEN EXPERTEN

„Es ist sinnvoll, dass auch Familien mit nur einem Einkommen wenigstens die Kindergartengebühren steuerlich geltend machen können.“

Albin Nees, Präsident des Deutschen Familienverbandes.

suchen Kinder in dieser Altersgruppe den Kindergarten auch dann, wenn ein Elternteil nicht erwerbstätig ist, da er für die frühe Förderung der Kinder wichtig ist. Deshalb ist es nur konsequent, bei der steuerlichen Berücksichtigung dieser Kosten nicht auf die Erwerbsbedingtheit abzustellen.

Hinzu kommt: Alleinverdiener-Eltern können Kinderbetreuungskosten im eigenen Haushalt für unter Dreijährige und für Kinder von 6 bis 14 Jahren als haushaltsnahe Dienstleistungen (nach § 35a) anteilig von der Steuerschuld absetzen: hier werden 10 Prozent der Kosten, maximal 510 Euro im Jahr bei Minijobs, bzw. 12 Prozent, max. 2.400 Euro für sozialversicherungspflichtige beschäftigte Haushalts-hilfen (auch Kinderfrau) von der Steuerschuld abgezogen. Familien mit geringem

DAS MEINEN EXPERTEN

„Mit dieser Regelung zeigt die Bundesregierung, dass sie alle Familien in den Blick nimmt. Es entspricht der sozialen Gerechtigkeit, auch Alleinverdiener-Paare in die Förderung einzubeziehen.“

Elisabeth Bußmann, Präsidentin des Familienbundes der Katholiken.

Einkommen werden nicht benachteiligt – wie gelegentlich behauptet wird. Denn sie haben in vielen Fällen auch keine Kinderbetreuungskosten zu tragen, weil die Kommunen sie von den Gebühren befreien. Außerdem: Wer keine Steuern zahlt, kann auch nicht von Steuervorteilen profitieren.

Fazit: Alle Eltern profitieren von dieser neuen Regelung, wie vom Bund

der Steuerzahler bestätigt wird. Für den Familienbund der Katholiken ist es ein Ausdruck der sozialen Gerechtigkeit, dass auch Alleinverdiener-Paare in die Förderung einbezogen werden. Auch der Deutsche Familienverband hält es für sinnvoll, dass Familien mit nur einem Einkommen die Kindergartengebühren steuerlich geltend machen können.

Unter Führung von Bun-

deskanzlerin Angela Merkel ist Familienförderung kein Lippenbekenntnis, sondern gelebte Wirklichkeit.

Weitergehende Informationen bietet das Bundesfamilienministerium unter <http://www.bmfsfj.de>



„KOMMISSION FÜR KLEINE“ NIMMT ARBEIT AUF

Über die Rechte von Kindern wird auch künftig die Kinderkommission des Deutschen Bundestages wachen.

„Die Kinderkommission ist eine starke Lobby mitten in dem großen Getriebe des Bundestages,“ erklärte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen bei der konstituierenden Sitzung. Die Kinderkommission nehme ein wichtiges „Wächteramt“ ein, sagte die Ministerin. Die besondere Bedeutung des Gremiums hob die erste Vorsitzende der Kommission, die Unionsabgeordnete Michaela Noll, hervor. Die Kinderkommission verstehe sich als Interessenvertreter der Kinder und verleihe



Michaela Noll

den jungen Leuten in der Erwachsenenwelt eine Stimme. Zu den wichtigsten Aufgaben der Kommission gehörten die Förderung kinder- und familienfreundlicher Strukturen und der Abbau offener und versteckter Kinderfeindlichkeit, erklärte Noll. Die Unions-Abgeordnete kündigte

an, dass sich die Kommission außerdem für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland einsetzen werde.

Die KiKo ist ein Untergremium des Familienausschusses. Sie besteht aus den Kinderbeauftragten und den kinderpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen. Sie nehmen die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei der Verabschiedung von Gesetzen wahr. Gleichzeitig sind die KiKo-Mitglieder auch im Familienausschuss vertreten.

Weitere Informationen über die Kinderkommission finden Sie unter <http://www.kinderkommission.de>

Kein Kampf der Kulturen

Zu den anhaltenden Unruhen und Gewaltakten in der arabischen Welt anlässlich der in einigen europäischen Zeitungen veröffentlichten Mohammed-Karikaturen erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel:



Thomas Rachel

Der nötige Respekt vor religiösen Grundüberzeugungen und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sind in einer freiheitlich-demokratisch geprägten Gesellschaft untrennbar miteinander verbunden. Die Empörung vieler Moslems auf der ganzen Welt über die von ihnen als blasphemisch empfundenen Karikaturen in europäischen Zeitungen ist darum in dem Maße nachvollziehbar, wie sie hier in ihren grundlegenden religiösen Gefühlen verletzt werden. Nicht nachvollziehbar und völlig unakzeptabel jedoch ist es, wenn eine solche Empörung zu Gewalttaten und hasserfüllten Ausschreitungen führt und im Zeichen des islamischen Fundamentalismus Forderungen erhoben werden, die gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gerichtet sind. Denn das Grundrecht

der Presse- und Meinungsfreiheit gilt für Gläubige wie Nicht-Gläubige gleichermaßen.

Elementare Demokratie- und Freiheitsdefizite

Das eigentliche Problem stellt sich darum in den vom islamischen Fundamentalismus bzw. Terror geprägten und beeinflussten Ländern selbst, weil in ihnen weder Blasphemieschutz für Andersgläubige bzw. Religionsfreiheit noch das Recht auf freie Meinungsäußerung bzw. die Achtung grundlegender Menschenrechte in hinreichender Form existieren. Die aktuelle Gewalteskalation in einigen arabischen Ländern zeugt in erster Linie von diesen elementaren De-

mokratie- und Freiheitsdefiziten. In ihnen und nicht im so genannten „Kampf der Kulturen“ besteht das wirkliche Bedrohungspotential des aktuellen Konfliktes.

Diese Entwicklung zeigt zum wiederholten Male, dass eine radikale Minderung dem Ansinnen von Millionen Muslimen nach friedlichem Zusammenleben und religiöser Toleranz schadet.

Wir sollten uns darum auch in unserem Land davor hüten, hier eine Scheindiskussion zu führen: Es geht nicht bloß um die Frage, wo die Grenzen der Pietät im Hinblick auf den Islam oder irgendeine andere Religion überschritten werden. Diese Diskussion kann in einem freiheitlich säkularisierten Staat nur im gesellschaftlichen Dialog des achtungsvollen Miteinanders geführt werden. Es geht auch um die Frage, ob wir uns von radikalen religiösen Fundamentalisten in unseren freiheitlichen Grundrechten beschneiden lassen wollen.

Den Evangelischen Arbeitskreis finden Sie im Internet unter www.eak-cducsu.de





Kinderbeauftragte ernannt

Mit der Einsetzung einer Kinderbeauftragten hat die baden-württembergische Landesregierung ein weiteres klares Zeichen für hohe Priorität von Kindern und Familien in der Landespolitik gesetzt.

Ministerpräsident Günther H. Oettinger ernannte die designierte Ministerin für

Arbeit und Soziales, Monika Stolz, zur Kinderbeauftragten der Landesregierung. Die Beauftragte soll sicherstellen, dass den Interessen von Kindern und Familien in allen Politikfeldern in besonderem Maße Rechnung getragen wird. Damit gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung „Kinderland Baden-Württemberg“, sagte Ministerpräsident Günther H. Oettinger.

Eine wesentliche Aufgabe der Kinderbeauftragten sei es, den Weg Baden-Württembergs zum Kinderland aktiv zu unterstützen und zu begleiten, erklärte der Ministerpräsident. Die Kinderbeauftragte solle innerhalb der Landesregierung einen ressortübergreifenden und ganzheitlichen Ansatz der



Günther H. Oettinger und Monika Stolz

Foto: dpa

Kinder- und Familienpolitik des Landes verfolgen. Gleichzeitig wirke sie auch nach außen: Sie stehe im Austausch mit den Kommunen, Trägern, Kirchen, Verbänden und mit der Wirtschaft und den Medien, um die Strukturen für Kinder und Familien im Land weiter zu verbessern. „Die Vernetzung und der ständige Kontakt zwischen all denjenigen, die daran mitarbeiten, Baden-Württemberg noch kinder- und familienfreundlicher zu machen, ist unverzichtbar. Nur wenn alle Partner am selben Strang ziehen, können wir gemeinsam für Kinder und Familien im Land noch mehr erreichen“, sagte Ministerpräsident Oettinger.

Die Kinderbeauftragte werde von einem Berater-

kreis unterstützt, der ihr mit fachlichem und fachpolitischem Rat zur Seite stehe, so Oettinger. Dieser Kreis solle durch Anregungen und Impulsen daran mitwirken, im Land eine kinder- und familienfreundliche Lebensumwelt weiterzuentwickeln.

„Wichtig ist uns, dass im Beraterkreis

Menschen mitarbeiten, die in ihrem alltäglichen Arbeitsumfeld mit den Belangen von Kindern in engem Kontakt sind. So stellen wir sicher, dass wir nah dran sind an den Themen, die Familien und Kinder jeden Tag beschäftigen“, betonte Oettinger. So sollen Vertreter aus den Bereichen kindliche Entwicklung und Bildung, den Kommunen, aus dem Bereich Gesundheit, Freizeitgestaltung und der familienwissenschaftlichen Forschung mit einbezogen werden. Die Mitglieder des Kreises würden von der Ministerin für Arbeit und Soziales einberufen und auf deren Einladung mindestens einmal im Jahr zusammentreten. Die Mitarbeit im Beraterkreis sei ehrenamtlich.

Bildung hat Vorrang

Im Rahmen einer mittel-deutschen Bildungskonferenz der sachsen-anhaltinischen Landtagsfraktion haben die Kultusminister aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen bekräftigt, den Erfahrungsaustausch im Bereich der Bildungspolitik verstärken zu wollen.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan, die als Gast geladen war, bescheinigte den mitteldeutschen Länderneine erfolgreiche Bildungspolitik. Mit Blick auf die jüngsten PISA-Ergebnisse bemerkte sie: „Man merkt, dass in Mitteldeutschland die Bildung Vorrang in der Politik hat.“ Die Ministerin lobte besonders die Entwicklung in Sachsen-Anhalt, es sei „der eigentliche Sieger unter den 16 Bundesländern“. „In keinem anderen Land hat es eine



Jens Goebel, Steffen Flath, Marco Tullner, Eva Feußner, Jan-Hendrik Olbertz (von links)

solche Aufwärtsbewegung nach oben gegeben wie in Sachsen-Anhalt“, meinte Schavan. Sachsen-Anhalts Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz und Jürgen Scharf, Vorsitzender der Landtagsfraktion, erteilten einer zentralistischen Bildungspolitik eine Absage. Nur durch eine föderalistische Politik sei es möglich, dass einige Länder Maßstäbe setzen, an denen sich andere orientieren können. „Sonst würden

wir alle dieselben Fehler machen“, sagte Scharf. Sachsens Kultusminister Steffen Flath betonte, der Freistaat habe sich in der Bildungspolitik 15 Jahre an Baden-Württemberg und Bayern orientiert und sei damit gut gefahren. „Nun können wir uns an Mitteldeutschland orientieren.“ Thüringens Kultusminister Jens Goebel sprach von „großen Potentialen“, die alle drei Länder Mitteldeutschlands besäßen.

INITIATIVE ZUGUNSTEN EXZELLENZZENTREN

Der hochschulpolitische Sprecher der sachsen-anhaltinischen Landtagsfraktion, Marco Tullner, hat die Forderung des Prorektors der Martin-Luther-Universität Halle begrüßt, eine Initiative zugunsten ostdeutscher Hochschulen und Exzellenzzentren anzustoßen.

„Die Idee zu einer Initiative der ostdeutschen Bun-

desländer ist gut. Für Sachsen-Anhalt ist sie allerdings nicht neu. Es gibt bereits eine landesweite Förderung von Exzellenzclustern, die von uns im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht wurde. Wenn jetzt das Ganze einen neuen Schub auf der Ebene der ost-



Marco Tullner

deutschen Bundesländer erhalten soll, werden wir uns dem nicht verschließen. Die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen müssen jedoch beachtet werden. Geld drucken kann in der Politik niemand“, sagte Tullner.

Sicherheitsinteressen Deutschlands dauerhaft wahren!

Ganz im Zeichen der sicherheitspolitischen Herausforderungen durch die Fußballweltmeisterschaft im Sommer stand das Treffen der Innenminister und -senatoren der Union, die sich auf Einladung des innenpolitischen Sprechers der rheinland-pfälzischen Landtagsfraktion, Michael Hörter, in Koblenz trafen.

Die aktuellen Diskussionen zu Einbürgerung und Integration zeigen, dass sowohl im Staatsangehörigkeitsrecht als auch im Zuwanderungsgesetz weitere Weichenstellungen notwendig sind, um die Sicherheitsinteressen Deutschlands dauerhaft zu wahren. Auch bei der Verbesserung der Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Fußball-Weltmeisterschaft

„Die Weltmeisterschaft wird die Sicherheitsbehörden im Land auf das Äußerste in Anspruch nehmen. Großereignisse wie die Spiele am Austragungsort Kaiserslau-



Wolfgang Schäuble



Günther Beckstein



Michael Hörter

tern und die Großleinwand-Veranstaltungen werden landesweit große Menschenmassen anziehen, was Auswirkungen auf die Sicherheitslage haben wird. So ist z.B. in Mendig, einer Stadt bei Koblenz, eine große Zeltstadt für ca. 6.000 Fans geplant, mit allen damit verbundenen Sicherheitsproblemen. Im Falle einer Verschärfung der Sicherheitslage durch ein Attentat durch terroristische Gewalttäter in Europa vor oder während der Fußballweltmeisterschaft muss auch über den Einsatz anderer Akteure, wie z.B. von Feldjägern der Bundeswehr, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen im Land frei von ideologischen Scheuklappen diskutiert werden können“, so Hörter.

Beim Stand der Sicherheitsvorbereitungen für die WM 2006 waren sich die In-

nenpolitiker einig, dass Polizei und Katastrophenschutz nach zwei Jahren Planung und Vorbereitung gut gerüstet sind, um die Sicherheit bei der WM zu gewährleisten. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble kündigte an, dass die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder alles daran setzen werden, um mit professioneller und bürgernaher Sicherheitsarbeit sichere Spiele zu gewährleisten. Polizei und Katastrophenschutz werden alle Anstrengungen unternehmen, damit das WM-Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ auch beim Schutz unserer Gäste und heimischen Fans voll zum Tragen kommt. Bayerns Innenminister Günther Beckstein machte deutlich: „Wir werden bei der Sicherheit keine Kompromisse machen, gleichzeitig aber alles daran

setzen, dass die Freude am Fußball unter den Sicherheitsvorkehrungen nicht leiden muss.“ Beckstein wies darauf hin, dass es zur Gewährleistung eines möglichst hohen Sicherheitsstandards notwendig ist, bei der Polizei der Länder und des Bundes alle verfügbaren Kräfte einzusetzen. Beckstein: „Schon bei „normaler Sicherheitslage“ werden alle verfügbaren Kräfte mit der WM vollauf beschäftigt sein.“

Sollte sich aber die Sicherheitslage verschärfen oder gar konkrete terroristische Bedrohungen für die WM vorliegen, werden deutschlandweit die Polizeikräfte allein die Lage nicht mehr bewältigen können. Ich bin mir mit den Kollegen von der Union einig, dass wir deshalb mit einer Grundgesetzklarstellung die Voraussetzung schaffen müssen, die Bundeswehr bei einer solchen extremen Bedrohungslage zur Gewährleistung der Sicherheit auch im Inland einsetzen zu können. Dafür werde ich mich bei der Innenministerkonferenz im Mai einsetzen.“

Einbürgerung

Auch beim Thema Einbürgerung sind sich die Unionspolitiker einig, dass die Ein-

bürgerungsbewerber Zweifel an der Verfassungstreue zuverlässig vor der Einbürgerung auszuräumen haben. „Wir müssen vor der Einbürgerung zuverlässig feststellen können, ob der Bewerber mit beiden Beinen auf dem Boden unserer Verfassung steht. Einbürgerungsbewerber müssen sich zudem mündlich und schriftlich in Deutsch ausdrücken können“, hob Beckstein hervor. Einig waren sich die Unionsinnenpolitiker darin, dass die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht am Beginn, sondern am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses steht. Sie betonen, dass es die in Deutschland geltende Anspruchseinbürgerung unbedingt erforderlich macht, alle gesetzlichen Anforderungen mit besonderer Sorgfalt zu prüfen. Diese Anforderungen gelten für alle Einbürgerungsbewerber gleich welcher Herkunft, Nationalität oder Religionszugehörigkeit. Hierzu sollten gehören: ■ eine wissenschaftlich fundierte, objektivierbare Bewertung der Sprachkenntnisse, wie sie beispielsweise von Baden-Württemberg und Bayern mit dem „Test Deutsch“ bereits durch geführt wird; ■ eine angemessene Unterrichtung über unser Land und die Werte und wesentliche

Inhalte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und eine Überprüfung dieser Kenntnisse; ■ eine Befragung des Einbürgerungsbewerbers anhand einer möglichst umfassenden, aktuellen Liste, ob er verfassungsfeindlichen oder gewaltbereiten Organisationen angehört, sie unterstützt oder ihnen angehört oder sie unterstützt hat; ■ die Regelanfrage bei den Verfassungsschutzbehörden mit einer vertieften, individuellen Anhörung und Befragung im Verdachtsfall.

Staatsangehörigkeitsgesetz

Nach dem geltenden Staatsangehörigkeitsgesetz ist eine wesentliche Voraussetzung der Einbürgerung das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Wenn Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Bekenntnisses bestehen, führt die Einbürgerungsbehörde ein Gespräch mit dem Einbürgerungsbewerber. Dieses Gespräch sollte auch objektiv überprüfbare, gemeinschaftsbezogene Verhaltensweisen zum Gegenstand haben, in denen die Hinwendung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ihre erkenn-

baren Niederschlag findet. Für das Gespräch kann ein Gesprächsleitfaden eine wertvolle Handreichung sein.

Zuwanderungs- gesetz

Die Unionsinnenpolitiker sprechen sich zudem dafür aus, im Staatsangehörigkeitsrecht eine Regelung zu verankern, dass Ausländer vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in einem Eid oder einem Gelöbnis ihr Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in feierlicher Form bekräftigen müssen.

Die Unionsinnenpolitiker sind sich einig, dass es zu keiner Aufweichung des Zuwanderungsgesetzes kommen darf. Sie regten insbesondere an, vertieft zu prüfen, inwieweit der sicherheitsrechtliche Teil des Zuwanderungsgesetzes praktikabel ist oder noch nachgebessert werden muss. Nachbesserungsbedarf besteht vor allem bei der Frage des Schutzes der Allgemeinheit vor Top-Gefährdern, die nicht abgeschoben werden können und sich an Auflagen, die ihren Aufenthalt beschränken oder eine bessere Überwachung ermöglichen sollen, nicht halten. Bayerns Innenminister Beckstein sprach sich erneut dafür aus, die Möglichkeit zu schaffen, ausreisepflichtige Ausländer, die dringend des Terrors verdächtig sind, aber nicht in ihre Heimat zwangs-

weise abgeschoben werden können, in Sicherheitsgewahrsam zu nehmen, solange sie ihrer Ausreiseverpflichtung nicht freiwillig nachkommen. Die Unionsinnenminister bekräftigten die Erwartung, zur effektiven Bekämpfung des internationalen Terrorismus vordringlich eine Anti-Terror-Datei einzurichten. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat hierzu zeitnah einen Gesetzentwurf angekündigt. Die Unionsinnenpolitiker begrüßten das gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) als ersten richtigen Schritt, um den Informationsaustausch bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in Deutschland zu optimieren.

ARBEITSKREIS „NEUE BUNDESLÄNDER“ KONSTITUIERT

Um den besonderen Rahmenbedingung der Senioren-Union in den Neuen Bundesländern gerecht zu werden, hat sich in Berlin der „Arbeitskreis Neue Bundesländer“ der Senioren-Union konstituiert.

Als Vorsitzender wurde das SU-Bundesvorstandsmitglied Rainer Jork aus Radebeul/Sachsen, gewählt. Zur Mitarbeit eingeladen ist, wer sich der besonderen Bedingungen der Senioren-Union in Ostdeutschland

bewusst ist und zur Stärkung ihrer Gruppen auf Ort-, Kreis- und

Landesebene beitragen möchte. Einstimmig wurde ein Antrag an den Bundesvorstand verabschiedet, der die gemeinsame Verantwortung der Bundesvereinigung für die Verbände im Osten des wiedervereinigten Deutschland betont. Als Konsequenz werden gemeinsame Schritte zur Mitgliederengewinnung wie

**Senioren
Union** CDU

auch materielle Unterstützung genannt.

Einer Situationsanalyse unter Leitung des wissenschaftlichen Mitarbeiters der Bundesgeschäftsstelle Dirk Hülsenbeck schloss sich eine zielgerichtete Diskussion an. Daran beteiligten sich u.a. der Ehrenvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, und das Ehrenmitglied des Bundesvorstandes Oskar Pahnke.

Christean Wagner

Brauchen wir einen Einbürgerungstest?

Die Entführungsfälle im Nahen Osten in den vergangenen Monaten haben gezeigt, welchen Wert die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Wo immer ein deutscher Staatsbürger im Ausland in Not gerät, ist der Staat in der Pflicht. Auch bei sozialen Notlagen steht unser Gemeinwesen jedem Bürger mit einem umfangreichen Angebot an Sozialleistungen zur Seite.

Ein Staat, der seinen Bürgern derart umfassenden Schutz und Sicherheit gewährt, muss umgekehrt auch von seinen Bürgern Loyalität einfordern können. Er muss bei denen, die das Privileg der Staatsbürgerschaft erwerben wollen, auch die grundsätzliche Identifikation mit unserem Gemeinwesen verlangen. Wie weit die Identifikation mit unserem Gemeinwesen gehen muss, zeigt die Wehrpflicht: Das Grundgesetz erwartet von jedem Staatsbürger, dass er unser Land notfalls mit der Waffe verteidigt.

Wer auf Dauer in Deutschland leben möchte, muss unsere Grundwerte ohne Einschränkung akzeptieren. Dazu gehören beispiels-



Christean Wagner

weise die Achtung der Menschenwürde und die gleichberechtigte Stellung von Mann und Frau. Fremde Kulturtraditionen, die im Widerspruch zum Grundgesetz stehen, müssen aufgegeben werden. Von dem Einbürgerungsbewerber muss ein gewisses Maß an Anpassung an unsere christlich-abendländische Kultur gefordert werden. Integration ist keine Einbahnstraße. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung des Islam-Archivs Deutschland, wonach 21 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime der Auffassung sind, das Grundgesetz sei mit dem Koran nicht vereinbar. Derartige Einstellungen führen zur Bildung von Parallelgesellschaften.

Dem müssen wir entgegen-treten.

Die vormalige rot-grüne Bundesregierung ging von der Annahme aus, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eine Voraussetzung für die Integration von Zuwanderern sei. Die Union hat dies immer für falsch gehalten. Im Gegenteil waren und sind wir nach wie vor der Auffassung, dass die Einbürgerung den Abschluss einer erfolgreichen Integration darstellen muss. Die Ausschreitungen jugendlicher Gewalttäter in Frankreich haben im vergangenen Jahr gezeigt, dass wir damit richtig liegen: Die Mehrheit der Gewalttäter aus dem Zuwanderermilieu dort besitzt längst die französische Staatsbürgerschaft, ist aber offensichtlich in die französische Gesellschaft nicht ausreichend integriert.

Das derzeitige Einbürgerungsrecht verlangt bereits, dass der Einbürgerungsbewerber sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt und seine innere Hinwendung zur Bundesrepublik Deutschland zeigt. Das darf kein Lippen-

bekanntnis sein, das man leichthin abgibt, um den deutschen Paß zu erhalten. Daher muss neben ausreichender Kenntnis der deutschen Sprache auch überprüft werden, wie der Einbürgerungswillige zu den Werten unseres Gemeinwesens steht. Um hierbei ein einheitliches Verfahren zu gewährleisten, erarbeitet das hessische Innenministerium derzeit einen Leitfaden zum Einbürgerungsverfahren. Er wird das nötige Grundwissen zu Staat und Gesellschaft in

Deutschland, aber auch unsere Grundwerte enthalten. Es liegt auch im Interesse derer, die sich um die Zugehörigkeit zu unserem Gemeinwesen bemühen, dass die Ernsthaftigkeit ihrer Entscheidung für den deutschen Staat anhand von festen Kriterien überprüft wird.

Einbürgerungsbewerber, die gezeigt haben, dass sie unsere Grundwerte teilen und sich unserer Gesellschaft zugehörig fühlen, sollten wir mit offenen Armen aufnehmen. Wir sollten aber

auch in der Form verdeutlichen, dass Einbürgerung mehr ist, als ein bürokratischer Verwaltungsakt. Nach dem Vorbild der USA sollten wir eine feierliche Einbürgerungszeremonie einführen. So kann den neuen Staatsbürgern erfahrbar gemacht werden, nun zu einer Gemeinschaft mit verbindenden Traditionen und einer gemeinsamen Kultur zu gehören.

Christean Wagner ist Vorsitzender der Fraktion im Hessischen Landtag.

Friedbert Pflüger

Der Mensch ist nicht das Maß der Dinge

In einem seiner jüngsten Beschlüsse hat der rot-rote Berliner Senat die Einführung des Schulfaches „Ethik“ beschlossen.

Damit hatte ein SPD-Landesparteitag im April 2005 SPD-Bildungssenator Klaus Böger beauftragt – gegen dessen Willen und Überzeugung. Böger war nicht der einzige Gegner des Fachs, auch Wolfgang Thierse und Franz Müntefering lehnten es ab, von den Kirchen ganz zu schweigen. Genutzt hat der Protest nichts.

Der rot-rote Senat hat entschieden, ein bekennnis-



Friedbert Pflüger

freies Wertefach „Ethik“ mit zwei Wochenstunden verpflichtend für alle Schüler der Klassen 7 bis 10 einzuführen – und damit den Religionsunterricht de facto abzuschaf-

fen! Das ist in Deutschland einmalig. Ich teile die deutliche Kritik der Kirchen an den Plänen des Senats. Evangelische und katholische Kirche streiten – gerade auch mit Hinweis auf die multikulturelle Berliner Situation mit Vehemenz und gutem Recht für eine Wahlmöglichkeit zwischen Ethik und Religionsunterricht. Die im Grundgesetz normierte Religionsfreiheit garantiert nicht nur die Freiheit von Religion, sondern auch die Freiheit zur Religion. Berlin ist religiös und weltanschaulich unterschiedlich. Deshalb darf man

nicht ein Einheitsfach vorschreiben.

Ethik-Unterricht

Es darf keinen Vorrang für eine Ethik ohne Religion gegenüber einer Ethik aus Religion geben. Ich habe nichts gegen Ethik-Unterricht. Aber Ethik-Unterricht anstelle des konfessionellen Religionsunterrichts reicht nicht. Schon in der Präambel unseres Grundgesetzes ist ein eindeutiger Gottesbezug und damit eine Hinwendung zu den christlich-abendländischen Werten unserer Kultur und Geschichte formuliert. Das muss sich in den bildungspolitischen Zielen und Inhalten wiederfinden.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Orientierungslosigkeit in unserer Gesellschaft und des allgemein zu konstatierenden Werterelativismus ist der Religionsunterricht an unseren Schulen gerade heute von besonderer Bedeutung. Täglich werden wir mit den Facetten der Globalisierung konfrontiert. In dieser schnelllebig gewordenen Welt wächst die Sehnsucht nach Halt, nach Konstanten und nach allem, was über den Menschen hinausweist. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Zu spüren ist daher fast überall

in der Welt eine Rückbesinnung auf die Religion. Der Staat hat nicht das Recht, die Religion zurückzudrängen, sofern ihre Ausübung auf der Grundlage des Rechts und ohne Intoleranz gegenüber anderen Geisteshaltungen erfolgt.

Toleranz

Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt mit einer langen Tradition der freien Religionsausübung. Toleranz aber ist nicht Beliebigkeit. Toleranz setzt einen eigenen Standpunkt voraus. Deshalb müssen sich Eltern und Schüler alternativ zum Ethikunterricht ganz bewusst auch für ein gleichberechtigtes „Wahlpflichtfach“ Religion, sei es christlich, islamisch oder jüdisch, entscheiden können. Die verpflichtende Teilnahme am Ethik-Unterricht aber hebt genau diese Wahlmöglichkeit aus. Der individuell gewünschte Religionsunterricht wird so aus ideologischen Gründen verdrängt.

Der Rahmenplanentwurf für den Ethik-Unterricht liest sich wie eine unverbindliche Ideensammlung. Als Leitfaden für den Unterricht taugt er kaum. Es steht zu befürchten, dass ein alleiniges Wertefach lediglich ein Sammel-

surium von Weltanschauungen vermittelt, jedoch kein fundiertes Wissen über die Religionen. Gerade die Kirchen aber müssen einen festen Platz in unserem Schulsystem erhalten. Sie können den Berliner Schülerinnen und Schülern Werte wie Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Kultur- und Weltoffenheit sowie Mitmenschlichkeit und eben Toleranz vermitteln.

Durch die Pläne des Senats ist zudem die Chance vertan, dem Islamunterricht, der nicht selten problematische Tendenzen bis hin zu den unsäglich Hasspredigten zeigt, durch einen staatlich verantworteten Islamkundeunterricht in deutscher Sprache entgegenzutreten. Auch die Berliner Schüler und Eltern müssen sich, ganz so übrigens wie in den meisten anderen Bundesländern, zwischen Religion und Ethik-Unterricht entscheiden dürfen.

Friedbert Pflüger ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Mitglied im Bundesvorstand der CDU und Spitzenkandidat der Berliner Union zur Wahl des Abgeordnetenhauses am 17. September 2006. Der Namensartikel wurde veröffentlicht in: Der Tagesspiegel (Berlin) vom 06.02.2006.

Auslandsbesuch

Besuch im Kosovo

Seine erste Auslandsreise als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion führte Volker Kauder in den Kosovo.

Neben einem ausführlichen Besuch in Prizren bei den dort stationierten Bundeswehrsoldaten standen in der Kosovo-Hauptstadt Pristina politische Gespräche über die politische Zukunft der Region auf dem Programm. Rund 2500 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind im Rahmen der internationalen Kfor-Truppe in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik stationiert und sorgen für Sicherheit. Kauder, am Ende des langen Reisetages voll des Lobes für den „ausgezeichneten Job“ der Bundeswehr, nahm sich Zeit für einen umfassenden Einblick in das Umfeld und die alltäglichen Bedingungen des Truppeneinsatzes. Dazu gehörten ein Hubschrauberflug über den Einsatzort Prizren ebenso wie Lagevortrag und Einweisung im Bundeswehrfeldlager sowie die Begleitung eines Patrouillengangs durch die Altstadt von Prizren. Beim gemeinsamen Gang durch die engen Gassen kam der Fraktionschef, der in Begleitung seines für Außen-



Einweisung durch den Kommandeur der Task-Force Prizren am Beobachtungspunkt „Auge“

politik zuständigen Stellvertreters Andreas Schockenhoff reiste, intensiv ins Gespräch: mit den Soldaten über Umfang und Dauer des Einsatzes, die notwendige Ausrüstung und die Herausforderungen in einer kulturell fremden Umgebung; mit interessierten Passanten, die von Arbeitsaufenthalten oft gute Deutschkenntnisse mitgebracht haben, über die Situation der Menschen im Kosovo. Für alle Mitglieder von Kauders Delegation wurde schnell spürbar: Die hoch motivierten und bestens ausgebildeten Soldaten genießen bei der Bevölkerung Respekt und Ansehen. Die Menschen wissen, dass die internationale Gemeinschaft mit ihrer Präsenz garantiert, dass es keine Rückkehr zu Krieg und Vertreibung geben wird.

Politische Gespräche

Dass Deutschland als größter Truppensteller und Geldgeber im Kosovo um seine Verantwortung für die Zukunft der Region weiß, machte Kauder anschließend auch bei den politischen Gesprächen in Pristina deutlich. Gegenüber dem amtierenden Präsidenten Daci, Ministerpräsidenten Kosumi sowie dem Chef der UN-Übergangsverwaltung Jessen-Petersen unterstrich der Fraktionschef die europäische Perspektive für das Kosovo und den gesamten westlichen Balkan. Kauder macht in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, dass Albaner und Serben ihren Beitrag für die Zukunft der Region leisten müssen. Dazu gehöre



Volker Kauder (Mitte) gemeinsam mit Andreas Schockenhoff (links) beim Gang durch das Stadtzentrum von Prizren.

Kompromissbereitschaft bei den demnächst in Wien beginnenden Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo ebenso wie die Einhaltung aller zivilgesellschaftlichen Standards und die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Kauders Fazit: Es bleibt im Kosovo noch viel zu tun, aber Deutschland wird die Region und ihre Menschen weiter unterstützen.

Vorfahrt für Bildung und Forschung

Bundesministerin Schavan hat vor dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung mit der Vorstellung des Legislaturperiodenprogramms eindrucksvoll dargelegt, dass die Bundesregierung mit der Devise **Vorfahrt für Bildung und Forschung ernst macht. Mit einem Paradigmenwechsel kommen Bildung und Wissenschaft in die Mitte der Gesellschaft.**

6 Milliarden Euro stehen bis zum Ende der Legislaturperiode zusätzlich allein für Forschung zur Verfügung. Damit stehen der Pakt für Forschung und die Exzellenzinitiative nun auf festem finanziellen Fundament. Bis



Ilse Aigner

zum Sommer wird eine High-Tech-Strategie vorliegen. Mit neuen Instrumenten werden aus den hervorragenden deutschen Forschungsergebnissen erfolgreiche Innovationen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich aktiv an der High-Tech-Strategie beteiligen.

Junge Menschen bedeuten Chancen für unser Land und verdienen selbst Chancen. Die bereits angelaufe-

nen Gespräche über den Hochschulpakt und die eingeleiteten strukturellen Verbesserungen bei der beruflichen Bildung sind sehr zu begrüßen.

Die Bundesministerin Schavan setzt viele Vorschläge um, die aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kommen:

- Strategien für Zukunftstechnologien Bio-, Nano- und Informationstechnik: Es reicht nicht, wenn Förderprogramme unverbunden nebeneinander stehen. Rahmenbedingungen und Forschungsförderungen müssen strategisch verknüpft werden.

- Schnellere Modernisierung der Berufsbilder: Das neue Berufsbildungsgesetz muss zügig umgesetzt werden. Wir brauchen mehr Chancen für praktisch Be-

gabte durch Ausweitung der Stufenausbildung.

- Neue Modelle für das Bildungssparen: Weiterbildung muss für jeden Einzelnen über die gesamte Strecke seines Berufslebens selbstverständlich werden.

- Vollkostenfinanzierung der Hochschulforschung: Damit wird das Herzstück des Forschungssystems gestärkt.

- Einrichtung eines ständigen Forums für Nachwuchswissenschaftler: Wir wollen die Besten für die Wissenschaft gewinnen. Das Forum führt die mit dem Nachwuchswissenschaftler-Kongress 2005 begonnene Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fort.

- Der Aufbau geisteswissenschaftlicher Kollegs: Der hohe Leistungsstand der Geisteswissenschaften ist ein Aushängeschild für Deutschland und muss gesichert werden.

Ilse Aigner ist die bildungs- und forschungspolitische Fraktionssprecherin.



Peter Bleser



Ralf Brauksiepe

Einbringung der Ernten gesichert

Die Bemühungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Umsetzung der neuen Eckpunkterege- lung zum Einsatz von Saisonarbeitskräften flexibler zu gestalten, haben doch noch Erfolg gehabt.

Können Betriebe plausibel belegen, dass sich der Bedarf an Saisonarbeitskräften gegenüber dem Jahr 2005 durch Betriebserweiterung erhöht hat, sollen die Arbeit-sagenturen in diesen Fällen

flexibel auf den Mehrbedarf reagieren. Diese Härtefallre-gelung hat das Bundeskabi-nett beschlossen.

Härtefalllösungen kommen in solchen Fällen in Betracht, in denen trotz nachdrücklicher seriöser An-strengungen aller Seiten ein Anteil von 10 Prozent inlän-discher Arbeitskräfte nicht erreicht werden kann. Auch wenn die Eckpunkterege-lung zum Einsatz von Saison-arbeitskräften im Grundsatz unverändert bleibt, lässt diese Flexibilisierung den örtlichen Arbeitsagenturen genügend Spielraum, um den landwirtschaftlichen Sonderkulturbetrieben aus-reichend Arbeitskräfte zur Verfügung stellen zu könn-en.

Ein Monitoring soll letzt-endlich darüber eine Aus-sage erlauben, ob die erfor-derliche Zahl von inländi-schen Saisonarbeitskräften erreicht werden kann oder

WAHLTERMINE 2006

26. März	Landtagswahl Baden-Württemberg
26. März	Landtagswahl Rheinland-Pfalz
26. März	Landtagswahl Sachsen-Anhalt
26. März	Kommunalwahl Hessen
17. September	Landtagswahl/Kommunalwahl Berlin
Herbst	Kommunalwahl Niedersachsen
Herbst	Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern



Peter Weiß

ob Änderungen schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden müssen.

Peter Bleser ist der AG-Vorsitzende der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Keine Rentenkürzung zum 1.7.2006

Zum 1. Juli 2006 wird es keine Rentenkürzung geben. Dieses Versprechen ist Bestandteil des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD. Die Bundesregierung hält Wort und hat einen „Entwurf eines Gesetzes über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte zum 1. Juli 2006“ beschlossen. Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich.

Angesichts der schwachen Lohn- und Gehaltsentwicklung 2005 ist in diesem Jahr nach dem geltenden Regelmechanismus in keinem Fall

eine positive Rentenanpassung zu erwarten. Das steht fest. Der vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf schafft Rechtsklarheit für die Rentner und Planungssicherheit für die Rentenversicherung, in dem die aktuellen Rentenwerte für die alten und neuen Bundesländer über den 30. Juni 2006 festgeschrieben und auf diese Weise eine Rentenkürzung zum 1. Juli 2006 von vornherein ausgeschlossen wird.

Der von CDU/CSU und SPD eingeschlagene Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung muss fortgesetzt werden. Nur wenn wir bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erfolgreich sind, kann die Rentenkasse konsolidiert werden und sind wieder Einkommenszuwächse bei den Beschäftigten möglich, von denen zeitversetzt auch die Ruheständler profitieren.

Ralf Brauksiepe ist der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fraktionssprecher, **Peter Weiß** der zuständige Berichterstatter.

Islamistische Populisten ausbremsen

Die jüngsten Auseinandersetzungen im so genannten „Karikaturen-Streit“ zwischen westlicher und islami-



Christian Ruck

scher Welt sind kein „Kampf der Kulturen“. Wie auch die Anhänger der meisten anderen Weltreligionen sind Moslems friedfertige Menschen, die ein friedliches Leben im Einklang mit ihrem Glauben leben wollen.

Protest gegen die Verletzung religiöser Gefühle und Überzeugungen ist legitim. Die gewalttätigen Proteste in einigen islamischen Ländern sind aber eindeutig das Werk islamistischer Fundamentalisten, die unter Vorspiegelung eines religiösen Anliegens Stimmungen schüren, um ihre Anhängerschaft zu vergrößern und ihre Machtbasis auszubauen. Für die westliche Welt ist für die Auseinandersetzung mit diesen Bewegungen von zentraler Bedeutung, dass wir dem Extremismus mit den Werten westlicher Demokratien und konkreter Hilfe für die Perspektivlosen in den islamischen Staaten begegnen müssen.

Die Entwicklungspolitik muss im Dialog dafür sorgen, dass sich islamische Staaten hin zu guter Regierungsführung entwickeln und nicht - wie in Palästina unter der Fatah - Millionen im Korruptionssumpf versinken, mit denen Jugendliche Arbeit und Familien eine Perspektive gefunden hätten.

Der Wahlsieg der Hamas in Palästina, die Wahl Achmedinedschads zum Präsidenten Irans und die Unterstützung für islamistische Gruppen in einer ganzen Reihe anderer Länder lässt sich darauf zurückführen, dass sich die arme Bevölkerung von diesen eine Perspektive für ein besseres Leben verspricht. Entwicklungspolitik muss aber auch konkret den Armen eine Perspektive geben, damit diese nicht zu Opfern populistischer Rattenfänger werden. Die Investition in technische und administrative Infrastrukturen, in Bildung und Ausbildung sowie die Eröffnung wirtschaftlicher Perspektiven - beispielsweise über den Aufbau mittelständischer Unternehmen - sind dabei konkrete Maßnahmen, die wir schwerpunktmäßig angehen müssen, um die islamistischen Populisten auszubremsen.

Christian Ruck ist der entwicklungspolitische Fraktionssprecher.

Integration nicht parteitaktisch missbrauchen

Wenn eine Schule in einem demokratischen Verfahren mit Zustimmung von Schüler- und Elternvertretern Regelungen beschließt, so ist das nicht verwerflich. Wenn diese einvernehmlichen Regelungen sogar einer besseren Integration der ausländischen Schüler dienen sollen, so sind sie sogar ausdrücklich zu begrüßen. Was spricht dagegen, wenn in dem Land, in dem man leben will, die Sprache dieses Landes gesprochen werden soll?

Der parteitaktische Aktionismus von Claudia Roth und anderen Politikern, aus einer internen Regelung der Herbert-Hoover-Realschule parteipolitisches Kapital zu schlagen, wirkt kontraproduktiv. Schließlich gilt es, Passivität bzw. Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem eines wachsenden Integrationsdefizits zu überwinden. Die Bundespolitik darf bei dieser schwierigen und komplexen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nicht bremsend wirken. Letztlich ist Integration eine Querschnittsaufgabe vieler Gesellschaftsbereiche, die



Peter Götz

nur lokal bewältigt werden kann.

Die Bundesregierung hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, Parallelgesellschaften in unseren Städten nachhaltig zu überwinden und lokale Aktivitäten zur Integration von Ausländern und Ausiedlern in die deutsche Gesellschaft anzuregen. Vor allem sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Schaffung und zum Erhalt stabiler Bewohnerstrukturen unterstützt werden.

Es bleibt nur zu hoffen, dass die weltfremden Verfechter einer multi-kulturellen Gesellschaft mit ihren böartigen Unterstellungen das konstruktive bürgerschaftliche Engagement vor Ort nicht im Keim ersticken können.

Peter Götz ist der kommunalpolitischer Fraktionssprecher.

Sportjahr 2006 – aktiv dabei!

Damit Sie das Sportjahr 2006 – Winter-Olympiade in Turin und Fußball WM in Deutschland – auch richtig begleiten können, können Sie auf folgende Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle garantiert nicht verzichten:

CDU-Profifußball



Profifußball

Das MUSS in diesem Jahr! Für jedes Turnier, als Präsent oder „einfach nur so“.

Bestell-Nummer: **9614**

Preis je **Stück: 13,20 €**

inkl. MwSt.: 15,31 €

Unsere kleinen Fußballle ...



Sonderpreis

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz, inkl. einer Ballpumpe. Er ist wie ein richtiger Fußball, jedoch kleiner und handlicher. Ideal für Sommerfeste, für Spiel und Spaß oder als Kleinwerbemittel.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je **20 Stück: 25,88 €**

inkl. MwSt.: 29,99 €

... auch im Doppelpack



Kleiner Ball – als Doppelpack – schon aufgepumpt

Bestell-Nummer: **9824**

Preis je **2 Bälle: 8,00 €**

inkl. MwSt.: 9,28 €

Bestellschein > CDU-Sekt

Fax 030/22 07 03 89

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	Ansprechpartner
Straße, Nr.	Straße, Nr.
PLZ, Ort	PLZ, Ort
Telefon	Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

PRODUKTAUSWAHL		Gesamtkosten		gewünschte Mengen	bestellter Gesamtbetrag in Euro
CDU-FLASCHENPREIS: 5,60 € zzgl. MwSt.					
CDU-PRÄSENTKARTONPREIS: 1,70 € zzgl. MwSt.					
Sektflaschen ohne CDU-Präsentkartons (Flaschenlieferung erfolgt ohne Präsentkartons.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten ohne Präsentkarton	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	7,50 €	41,10 €	47,68 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	11,50 €	78,70 €	91,29 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	15,50 €	116,30 €	134,91 €	Karton	€
30-60 Flaschen ...? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge: ↻		Stück	€
Sektflaschen mit CDU-Präsentkartons (Jede Flasche ist zusätzlich einzeln im Präsentkarton.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten mit Präsentkartons	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.		
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 6 Präsentkartons) 16,70 €	50,30 €	58,35 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 12 Präsentkartons) 29,90 €	97,10 €	112,64 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 18 Präsentkartons) 43,10 €	143,90 €	166,92 €	Karton	€
30-60 Flaschen ...? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge: ↻		Stück	€
	...? Präsentkartons x 1,70 € *	*Präsentkartonmenge: ↻		Stück	€

- Größere Mengen - über 60 Flaschen - Transportkosten auf Anfrage.
- Lieferung erfolgt per Paketdienst. Ab 30 Flaschen mit Spedition. Versand innerhalb von 5 Werktagen.
- Bei einer Bestellmenge ab 30 Flaschen werden die Präsentkartons nur im gefalteten Zustand der Lieferung beifügt. Auf Wunsch erhalten Sie die Sektflaschen direkt in Präsentkartons - zzgl. Konfektionierungskosten je Fl.: 0,15 € und MwSt.
- Präsentkartons können auch separat - ohne Sektflaschen - bestellt werden. (1,70 € je Stück zzgl. Versand und MwSt.)

.....
Datum.....
Unterschrift

Chardonnay Brut

Die königliche weiße Chardonnaytraube verleiht diesem Sekt seinen duftigen, fruchtigen Charakter. Dieser Sekt ist sehr bekömmlich und besitzt wenig Säure. Ausgewählte Weine gewährleisten die außergewöhnliche Qualität.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet allen CDU-Verbänden und Mitgliedern ein besonderes „Dankeschön-Präsent“ zum Kauf an.

Dieses besondere Dankeschön eignet sich für viele Anlässe:

Für Mitgliederehrungen, als Dank für Wahlkampf- helfer und -unterstützer oder einfach für gute Freunde und Partner der Partei.

Unser CDU-Sekt im Geschenkkarton ist ein sehr hochwertiges Präsent.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Verschenken.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre CDU-Bundesgeschäfts-
stelle

CDU

CDU

Versektet und hergestellt in Deutschland – exklusiv für die CDU Deutschlands.

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Broschüre
**„Die wichtigsten 10 Punkte
des Koalitionsvertrags“**

Bestell-Nummer: **5313**
Preis je 50 Stück: **26,35 €**
inkl. MwSt.: 28,19 €

Lieferbar ab dem 20. 02. 2006!

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de